Protokoll

über die 16. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Grundsicherung der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf am Donnerstag, dem 05.02.2004, im Rathaus Zehlendorf, Raum C22/23

Anwesende:	siehe Anwesenheitsliste
Beginn:	16:35 Uhr
Ende:	17:40 Uhr
Gäste:	siehe Anwesenheitsliste

Die stellvertretende Ausschußvorsitzende, Frau Schmid-Petry, begrüßt die Anwesenden, da der Ausschußvorsitzende, Herr Bösener, aus privaten Gründen gehindert ist, an der Sitzung teilzunehmen bzw. diese zu leiten.

Es gibt keine Einwände seitens der Anwesenden gegen die Tagesordnung.

TOP 1: **Öffentliche Bürger-Frage-Viertelstunde**

Es wurden keine Fragen eingereicht.

TOP 2: **Protokoll(e)**

Die Ausschußvorsitzende erklärt, dass die Protokolle der vergangenen Sitzungen - 14. und 15. Sitzung - vorliegen.

TOP 3.1: **Antrag der SPD- und GRÜNE-Fraktion – Drs.-Nr. 858/II**

Aktion - Liste für kautionsloses Wohnen im Bezirk

Der Antrag, der in der Sitzung vom 14.11.2003 zurückgestellt worden war, wird von den antragstellenden Fraktionen begründet.

SozGS L, Herr Imlau, unterrichtet die Ausschußmitglieder über die Ausgangslage und macht deutlich, welche Hemmnisse die Verwaltung - insbesondere hinsichtlich des entstehenden Verwaltungsaufwandes für die fortlaufende Aktualisierung einer solchen Zusammenstellung - sieht.

Auf Nachfrage der BV Frau Grimpe-Christen nach dem Bedarf für eine solche Zusammenstellung, erläutert Herr Wischnewski, Soz 3000, aus der praktischen Erfahrung, dass es u.a. aufgrund der geltenden Ausführungsvorschriften zur Frage des sozialhilferechtlich angemessenen Wohnraumes aus Sicht der Verwaltung einer solchen Liste nicht bedarf.

Herr BzStR Wöpke ergänzt die Ausführungen von Herrn Wischnewski und stellt u.a. dar, dass die Erstellung und Aktualisierung einer solchen Liste eine zusätzliche Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeutet.

Die Angelegenheit wird eingehend erörtert.

Die Fraktionen verständigen sich auf folgende Umformulierung des Antrages:

Das Bezirksamt wird ersucht, für Arbeitslose und/oder Sozialhilfe beziehende Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch für in höherem Maße Benachteiligte, wie Opfer von seelischer und körperlicher Gewalt, eine Liste mit Wohnungsbaugesellschaften zu erstellen, die bei der Anmietung von Wohnraum keine Kaution nehmen.

Der Antrag wird - in der geänderten Fassung - einstimmig angenommen.

Hinweis: Der Ausschuß WiWohn ist in dieser Sache federführend.

TOP 3.2: **Antrag der GRÜNE- Fraktion - Drs.-Nr. 995/ II**
Sozialkarten der BVG erhalten!

Der Antrag wird für die antragstellende Fraktion durch die BV Frau Markl-Vieto begründet.

BV Frau Kölsch weist darauf hin, dass auf Senatsebene - so sei der Presse zu entnehmen - ohnehin eine Änderung bzw. Wiedereinführung beabsichtigt sei.

BV Herr Rögner-Francke fragt nach den finanziellen Auswirkungen der aktuellen Regelungen.

Herr BzStR Wöpke berichtet, dass auf die Bezirke zusätzliche Ausgaben in Höhe von ca. 40 Mio. Euro zukämen. Diese stünden einer von der Senatsverwaltung erwarteten Einsparung in Höhe von 17 Mio. Euro gegenüber.

Die Angelegenheit wird eingehend beraten.

Die CDU-Fraktion regt an, den Antrag wie folgt neu zu formulieren:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich unverzüglich bei der Senatsverwaltung für die Wiedereinführung der Sozialfahrkarte der BVG für Sozialhilfeempfänger einzusetzen, um u.a. enorme Mehrkosten in zweistelliger Millionenhöhe für die Bezirke zu vermeiden.

Der Antrag wird - in der geänderten Fassung - einstimmig angenommen.

TOP 4: **Auswirkungen der Sparmaßnahmen**

Herr BzStR Wöpke berichtet, dass es zu diesem ständigen Tagesordnungspunkt des Ausschusses keine aktuellen Mitteilungen gibt - da insbesondere zur Zeit kein Haushaltsgesetz verabschiedet sei.

TOP 5: **Bericht aus dem Bezirksamt**

Herr Imlau, SozGS L, berichtet über den Baufortschritt in der Seniorenfreizeitstätte Nord.

Voraussichtlich in der März-Sitzung des Ausschusses wird das Bezirksamt hinsichtlich der entstandenen bzw. entstehenden Kosten genaueres berichten, da zur Zeit das Ergebnis der Ausschreibung weiterer Aufträge durch die Bauabteilung noch abzuwarten ist und die hiermit im Zusammenhang stehenden Kosten der Abteilung Soziales und Grundsicherung erst zum Monatsende übermittelt würden.

Herr Imlau unterrichtet weiterhin über den Verkauf des Grundstücks Alt-Schönow.

Herr Imlau berichtet, dass als Nachfolge-Einrichtung des gemeinsamen Vermittlungsbüros mit dem Arbeitsamt und TRIAS, das zum 31.12.2003 die Arbeit eingestellt hat, da eine Folgefinanzierung seitens des Arbeitsamtes nicht mehr gegeben wurde, die gemeinsame Anlaufstelle ihre Arbeit aufnimmt.

Aufgrund von personal- bzw. arbeitsrechtlichen Problemen mußte jedoch das Arbeitsamt die bereits gestellten Mitarbeiter wieder abziehen. Deshalb wird nun die gemeinsame Anlaufstelle, die unter dem Namen „Job-Aktiv-Center Steglitz-Zehlendorf“ tätig sein wird, die Arbeit mit neuem Personal zum 12.02.2004 aufnehmen.

Über die Erfolgsstatistik des bisherigen gemeinsamen Vermittlungsbüros mit TRIAS für den Zeitraum Mai 2002 bis zum einschl. Dezember 2003 teilte Herr Imlau mit, dass insgesamt 397 Personen erfolgreich vermittelt werden konnten. Davon:

In den 1. Arbeitsmarkt	= 121 Personen
In Umschulung/Ausbildung	= 22 Personen
In Weiterbildung	= 69 Personen
In Trainingsmaßnahme/Praktikum	= 70 Personen
In den 2. Arbeitsmarkt	= 115 Personen

BV Frau Grimpe-Christen fragt nach einer Erklärung für die zahlenmäßige Differenz zwischen den von Herrn Imlau genannten Zahlen und einer Zahl von 600 Personen, die einem Artikel der Berliner Morgenpost zu entnehmen waren.

Da in der Sitzung eine abschließende Aufklärung der Differenz nicht möglich war, sichert Herr BzStR Wöpke zu, die Erläuterung im Sitzungs-Protokoll zu geben.

Diese lautet:

Die im Artikel der Berliner Morgenpost wiedergegebene Zahl von (rd.) 600 Personen bezog sich ausschließlich auf das Jahr 2003 und umfaßte sowohl die Zahl der Vermittelten im gemeinsamen Vermittlungsbüro mit TRIAS als auch zusätzlich die Personen, die über die Arbeitsgruppe HzA des Sozialamtes vermittelt wurden.

<u>TOP 6:</u> Verschiedenes

- BV Frau Kölsch fragt nach den Sprechzeiten des Fachbereiches 3. Herr Wischnewski, Soz 3000, teilt die Termin-Sprechzeiten des Fachbereiches mit. Diese sind Dienstag und Donnerstag jeweils von 9:00 Uhr bis 13:00 Uhr. Die zentrale Beratungs- und Erstantragstelle hat Sprechzeit am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag jeweils ab 7:30 Uhr bis 12:30 Uhr.
- Herr BzStR Wöpke berichtet über die infolge der Änderung des § 264 SGB V eingetretene Mehrarbeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum 15.02.2004 ist für das 1. Quartal 2004 eine erste Abschlagszahlung an die Krankenkassen zu leisten.

- Herr BzStR Wöpke unterrichtet die Ausschußmitglieder über das Schreiben der Arbeitsgruppe Sozialamt. Danach ist mit einem Ergebnis-Bericht erst frühestens im Juni dieses Jahres zu rechnen.

  Die Angelegenheit wird eingehend erörtert.

Die nächste Ausschußsitzung findet am **04.03.2004** statt.

Ausschußvorsitzender:	BV Frau Schmid-Petry	
Schriftführer:	BV Herr Böhnke	
Protokoll:	Herr Lehmann	Berlin, den 11.02.2004